Senatsverwaltung für Wirtschaft,
Technologie und Forschung
II E 4 Pr
9013 (913)- 8482

An das
Abgeordnetenhaus von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

V o r l a g e

- zur Kenntnisnahme -
gemäß Artikel 64 Abs. 3 der Verfassung von Berlin
über die Verordnung zur Ausführung des Spielhallengesetzes Berlin (SpielhGV)

--

Ich bitte, gemäß Artikel 64 Abs. 3 der Verfassung von Berlin zur Kenntnis zu nehmen, dass die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung die nachstehende Verordnung erlassen hat:

:

Verordnung
zur Ausführung des Spielhallengesetzes Berlin
(SpielhGV)
Vom 8. Februar 2012

Auf Grund des § 2 Absatz 3 Nummer 4 Satz 2 und des § 6 Absatz 3 Satz 3 des Spielhallengesetzes Berlin vom 20. Mai 2011 (GVBl. S.223) wird im Einvernehmen mit der für Gesundheit zuständigen Senatsverwaltung verordnet:

§ 1
Grundsätze, Zweck

Die nach § 2 Absatz 3 Nummer 4 und § 6 Absatz 3 Satz 1 des Spielhallengesetzes Berlin erforderlichen Sachkundenachweise werden durch die erfolgreiche Teilnahme an einer Schulung erworben. Ziel der Schulung ist die Vermittlung von Wissen und Handlungskompetenzen an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Hierdurch sollen diese befähigt werden, eigenverantwortlich Maßnahmen zur Gewährleistung des Spieler- und Jugendschutzes in Spielhallen und ähnlichen Unternehmen im Sinne des § 1 des Spielhallengesetzes Berlin zu ergreifen. Die zum Erwerb eines Sachkundenachweises nach § 2 Absatz 3 Nummer 4 des Spielhallengesetzes Berlin Verpflichteten sollen darüber hinaus mit den erforderlichen rechtlichen Grundlagen zum Betrieb eines Unternehmens im Sinne des § 1 des Spielhallengesetzes Berlin vertraut gemacht werden.

§ 2 **Anwendungsbereich, Betroffene**

Den Sachkundenachweis haben zu erwerben:

1. Personen, welche einen Antrag nach § 2 Absatz 1 des Spielhallengesetzes Berlin auf Erteilung einer Erlaubnis zum Betrieb eines Unternehmens im Sinne des § 1 des Spielhallengesetzes Berlin bei der zuständigen Behörde gestellt haben,
2. Personen, welche ein Unternehmen mit einer gültigen Erlaubnis nach § 33i der Gewerbeordnung betreiben,
3. Personen, die mit der Leitung des Unternehmens beauftragt sind oder beauftragt werden sollen,
4. die vertretungsberechtigten Personen, sofern es sich in den Fällen der Nummer 1 oder 2 um juristische Personen oder Personengesellschaften handelt,
5. Personen, welche im Unternehmen als Aufsicht über den Spielbetrieb tätig werden sollen, und
6. Personen, welche bereits bei Inkrafttreten des Spielhallengesetzes Berlin in einem Unternehmen mit einer Erlaubnis nach § 33i der Gewerbeordnung als Aufsicht tätig waren und dies weiterhin sein sollen.

§ 3 **Zuständige Stelle**

- (1) Die Schulung zum Erwerb des Sachkundenachweises wird von Einrichtungen durchgeführt, die in der Lage sind, die Erreichung der in § 1 Satz 2 und 3 niedergelegten Ziele sicher zu stellen. Dies wird vermutet, wenn die Einrichtung die folgenden Voraussetzungen erfüllt:
 1. Vorlage eines Schulungskonzeptes, welches die Einhaltung des Verfahrens nach § 4 und die Vermittlung der nach § 5 erforderlichen Anforderungen sicher stellt,
 2. Nachweis von Erfahrungen mit der Durchführung von Schulungen im Rahmen von Aus- oder Fortbildungen,
 3. Nachweis, dass die Schulung durch qualifizierte und erfahrene Dozentinnen und Dozenten, welche in der Lage sind, die nach § 5 erforderlichen Inhalte erfolgreich an die zu schulenden Personen zu vermitteln, durchgeführt wird, und
 4. Nachweis der Verfügbarkeit von Räumlichkeiten, welche für die Durchführung der Schulung geeignet sind.
- (2) Die für Wirtschaft zuständige Senatsverwaltung prüft im Einvernehmen mit der für Gesundheit zuständigen Senatsverwaltung, ob die Voraussetzungen nach Absatz 1 vorliegen. Ist dies der Fall, ist die Einrichtung in eine Liste aufzunehmen, welche von der für Wirtschaft zuständigen Senatsverwaltung geführt und regelmäßig

aktualisiert wird. Die Liste ist öffentlich auf der Internetseite der für Wirtschaft zuständigen Senatsverwaltung zugänglich zu machen.

- (3) Die Einrichtungen können sich mit einem formlosen Schreiben bei der für Wirtschaft zuständigen Senatsverwaltung um die Aufnahme in die Liste nach Absatz 2 Satz 2 bewerben. Den Nachweis über das Vorliegen der Voraussetzungen nach Absatz 1 hat die Einrichtung zu führen. Zu diesem Zweck soll sie ihrer Bewerbung entsprechende Nachweise in geeigneter Form beifügen.

§ 4 Verfahren

- (1) Die Schulung erfolgt mündlich. Dabei soll von modernen pädagogischen und didaktischen Unterrichtsmethoden Gebrauch gemacht werden.
- (2) Eine Unterrichtsstunde beträgt eine Zeitstunde.
- (3) Es können mehrere Personen gleichzeitig geschult werden, wobei die Anzahl 15 nicht übersteigen soll.
- (4) Die Schulungsdauer für Personen im Sinne des § 2 Nummer 1 bis 4 beträgt mindestens elf Unterrichtsstunden, für Personen im Sinne des § 2 Nummer 5 und 6 mindestens sechs Unterrichtsstunden.
- (5) Die Einrichtung soll Schulungsunterlagen erstellen, in denen die wesentlichen Inhalte der Schulung sowie praxisorientierte Handlungsempfehlungen dargestellt sind, und diese an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aushändigen.

§ 5 Anforderungen

- (1) Die Schulung muss Personen im Sinne des § 2 Nummer 1 bis 4 erfolgreich Kenntnisse gemäß den Anlagen 1 und 2 in den folgenden Sachgebieten vermitteln:
 1. rechtliche Grundlagen des in Aussicht genommenen oder bereits mit einer Erlaubnis nach § 33i der Gewerbeordnung betriebenen Unternehmens (rechtlicher Teil),
 2. Prävention von Spielsucht sowie Umgang mit betroffenen Personen (suchtpräventiver Teil).
- (2) Der rechtliche Teil umfasst die folgenden Themenschwerpunkte mit einer Dauer von insgesamt mindestens fünf Unterrichtsstunden:
 1. die Grundzüge des Gewerberechts nach der Gewerbeordnung sowie die Grundzüge der Spielverordnung,
 2. das Recht der Spielhallen im Land Berlin nach dem Spielhallengesetz Berlin,
 3. die Grundzüge des Jugendschutzgesetzes und des Nichtraucherschutzgesetzes,

4. die Grundzüge der einschlägigen Straf- und Ordnungswidrigkeitstatbestände.
- (3) Der suchtp Präventive Teil der Schulung umfasst die Vermittlung von theoretischem Grundlagenwissen sowie von Handlungskompetenzen mit Hilfe interaktiver Übungen mit einer Dauer von insgesamt mindestens sechs Unterrichtsstunden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollen für Suchtrisiken und die Früherkennung von problematischem Spielverhalten sensibilisiert werden. Darüber hinaus sollen sie motiviert und befähigt werden, die erforderlichen suchtp Präventiven Maßnahmen umzusetzen und bei Bedarf Maßnahmen zur Frühintervention zu ergreifen.
- (4) Personen im Sinne des § 2 Nummer 5 und 6 haben im Rahmen der Schulung erfolgreich Kenntnisse gemäß § 5 Absatz 1 Nummer 2 in Verbindung mit Anlage 2 zu erwerben. Absatz 3 gilt entsprechend.

§ 6 Bescheinigung

- (1) Nach erfolgreicher Teilnahme an der Schulung stellt die Einrichtung eine Bescheinigung über den Erwerb des Sachkundenachweises nach Anlage 3 aus.
- (2) Die Teilnahme gilt als erfolgreich absolviert, wenn die zu schulende Person ohne Fehlzeiten am Unterricht teilgenommen hat und sich die Einrichtung durch geeignete Maßnahmen, insbesondere einen aktiven Dialog mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern sowie durch mündliche oder schriftliche Verständnisfragen davon überzeugt hat, dass Personen nach § 2 Nummer 1 bis 4 mit den Anforderungen nach § 5 Absatz 1 Nummer 1 und 2 und Personen nach § 2 Nummer 5 und 6 mit den Anforderungen nach § 5 Absatz 1 Nummer 2 vertraut sind.
- (3) Kann keine erfolgreiche Teilnahme bescheinigt werden, kann der Besuch der Schulung zum Erwerb des Sachkundenachweises wiederholt werden.

§ 7 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Anlage 1 zu § 5 Absatz 1 Nummer 1

Sachgebiete des rechtlichen Teils der Schulung (mindestens fünf Unterrichtsstunden)

1. Gewerberecht, insbesondere die Grundsätze der Gewerbeordnung (GewO), des Spielhallengesetzes Berlin (SpielhG Bln), der Spielverordnung (SpielV) sowie des Jugend- und Nichtraucherschutzes:

- Begriff des (stehenden) Gewerbes im Sinne der §§ 1, 14 ff GewO, insbesondere der Begriff der „Spielhallen“ und ähnlicher Unternehmen im Sinne des § 1 SpielhG Bln einschließlich der Begriffe der Waren- und Geldspielgeräte (§ 33c Absatz 1 Satz 1 GewO, § 4 SpielhG Bln), der anderen Spiele mit Gewinnmöglichkeit (§ 33d Absatz 1 Satz 1 GewO) und der Unterhaltungsspiele ohne Gewinnmöglichkeit
- Person des/der Gewerbetreibenden als Träger/in von Rechten und Pflichten, insbesondere:
 - Natürliche und juristische Personen als Gewerbetreibende
 - Allgemeine Verpflichtungen im stehenden Gewerbe (§§ 14, 29 GewO)
 - Besondere Pflichten beim Betrieb einer Spielhalle oder eines ähnlichen Unternehmens (§§ 4 bis 6 SpielhG Bln), einschließlich des Spieler- und Jugendschutzes in Verbindung mit Grundzügen der relevanten Vorschriften des Jugendschutzgesetzes, Gaststättengesetzes sowie Nichtraucherschutzgesetzes
 - Pflichten nach §§ 6 bis 10 SpielV
 - Übergangsbestimmungen für Inhaberinnen und Inhaber von Erlaubnissen nach § 33i GewO (§ 8 SpielhG Bln)
- Beginn und Beendigung der gewerblichen Tätigkeit, insbesondere:
 - Inhalt, Umfang und Notwendigkeit von Erlaubnissen nach § 2 SpielhG Bln, insbesondere die Bedeutung von Auflagen und Befristungen einschließlich anderer gegebenenfalls erforderlicher Erlaubnisse nach der Berliner Bauordnung oder dem Gaststättengesetz
 - Erlaubnis nach § 33c Absatz 1 GewO, einschließlich der Geeignheitsbescheinigung nach § 33c Absatz 3 GewO
 - Widerruf und Rücknahme der Erlaubnis (§§ 48, 49 Verwaltungsvorgangsgesetz), Gewerbeuntersagung, einschließlich des Begriffs der „Zuverlässigkeit“ (§§ 15, 35 GewO)

2. Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht

Einschlägige Straf- und bußgeldbewehrte Tatbestände nach dem Strafgesetzbuch (StGB), der GewO, dem SpielhG Bln und der SpielV

Anlage 2 zu § 5 Absatz 1 Nummer 2

Sachgebiete des suchtpreventiven Teils der Schulung (mindestens sechs Unterrichtsstunden)

1. Vermittlung von Grundlagenwissen

- Gesetzliche Vorschriften zu Maßnahmen des Jugend- und Spielerschutzes in Spielhallen
- Basiswissen über Sucht und Abhängigkeit
- Gefährdungspotenzial und Risikomerkmale von Geldspielgeräten
- Erkennungsmerkmale sowie Ursachen, Verlauf und Folgen von problematischem beziehungsweise pathologischem Spielverhalten
- Hilfeangebote für Betroffene und Angehörige in Berlin

2. Vermittlung von Handlungskompetenzen durch interaktive Übungen

- Früherkennung von problematischem beziehungsweise pathologischem Spielverhalten
- Proaktive Ansprache von Personen mit auffälligem Spielverhalten
- Gesprächsführung bei der Umsetzung der gesetzlich vorgegebenen Maßnahmen zum Jugend- und Spielerschutz (z.B. Identitätskontrolle, Aufklärungsgebot, Einleitung des freiwilligen Sperrverfahrens, Ausschluss von Personen mit auffälligem Spielverhalten)
- Verhalten in kritischen Situationen

Anlage 3 zu § 6 Absatz 1

Muster 1:

Bescheinigung über die erfolgreiche Teilnahme an der Schulung zum Erwerb des Sachkundenachweises nach § 2 Absatz 3 Nummer 4 des Spielhallengesetzes Berlin zur Vorlage bei der zuständigen Behörde

Herr/Frau.....
(Name, Vorname)

geboren am.....in.....
wohnhaft in.....

hat vom.....bis.....
an der von.....
(Name der Einrichtung)

.....
(Sitz/Anschrift)

.....
(Telefonnummer)

durchgeführten Schulung
als (Zutreffendes ankreuzen)

- (...) (zukünftige/-r) Gewerbetreibende/-r
- (...) (zukünftig) mit der Leitung des Unternehmens Beauftragte/-r
- (...) (zukünftig) Vertretungsberechtigte/-r einer gewerbetreibenden juristischen Person oder Personengesellschaft

erfolgreich teilgenommen. Er/Sie hat Kenntnisse über die rechtlichen Grundlagen zum Betrieb einer Spielhalle oder eines ähnlichen Unternehmens im Sinne des § 1 des Spielhallengesetzes Berlin sowie über die Prävention der Spielsucht und im Umgang mit betroffenen Personen erworben.

Die Schulungsdauer betrug mindestens 11 Zeitstunden und umfasste die folgenden Sachgebiete:

1. Rechtlicher Teil (mindestens fünf Zeitstunden):

- die Grundzüge des Gewerberechts nach der Gewerbeordnung sowie die Grundzüge der Spielverordnung,
- das Recht der Spielhallen im Land Berlin nach dem Spielhallengesetz Berlin,
- die Grundzüge des Jugendschutzgesetzes und des Nichtraucherschutzgesetzes
- die Grundzüge der einschlägigen Straf- und Ordnungswidrigkeitentatbestände

2. Suchtpräventiver Teil (mindestens sechs Zeitstunden):

Vermittlung von Grundlagenwissen über Spielsucht, Erkennungsmerkmale und Hilfeangebote sowie entsprechenden Handlungskompetenzen mit Hilfe interaktiver Übungen.

.....
(Ort, Datum)

.....
(Stempel/Siegel)

(Unterschrift)

Muster 2:

Bescheinigung über die erfolgreiche Teilnahme an der Schulung zum Erwerb des Sachkundenachweises nach § 6 Absatz 3 Satz 1 Spielhallengesetz Berlin zur Vorlage bei der zuständigen Behörde

Herr/Frau.....
(Name, Vorname)

geboren am.....in.....
wohnhaft in.....

hat vom.....bis.....
an der von.....
(Name der Einrichtung)

.....
(Sitz/Anschrift)

.....
(Telefonnummer)

durchgeführten Schulung als (zukünftig) mit der Aufsicht in einer Spielhalle oder einem ähnlichen Unternehmen im Sinne des § 1 des Spielhallengesetzes Berlin beauftragte/-r Mitarbeiter/-in erfolgreich teilgenommen.

Er/Sie hat Kenntnisse über die Prävention der Spielsucht und im Umgang mit betroffenen Personen erworben.

Die Schulungsdauer betrug mindestens sechs Zeitstunden und umfasste die folgenden Sachgebiete:

Vermittlung von Grundlagenwissen über Spielsucht, Erkennungsmerkmale und Hilfeangebote sowie entsprechenden Handlungskompetenzen mit Hilfe interaktiver Übungen.

.....
(Ort, Datum)

.....
(Stempel/Siegel)

(Unterschrift)

A. Begründung:

a) Allgemeines:

Mit Inkrafttreten des Spielhallengesetzes Berlin (SpielhG Bln) ist der Erwerb von Sachkundenachweisen für zwei Personenkreise obligatorisch:

Zum Einen ist gemäß § 2 Absatz 3 Nummer 4 SpielhG Bln ein Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis zum Betrieb einer Spielhalle oder eines ähnlichen Unternehmens im Sinne des § 1 Absatz 1 SpielhG Bln nur erlaubnisfähig, wenn die Antragstellerin oder der Antragsteller einen Sachkundenachweis vorlegt, aus welchem sich ergibt, dass erfolgreich Kenntnisse über die rechtlichen Grundlagen des in Aussicht genommenen Betriebes sowie zur Prävention der Spielsucht und im Umgang mit betroffenen Personen erworben wurden.

Zum Anderen hat die Inhaberin oder der Inhaber der Erlaubnis gemäß § 6 Absatz 3 SpielhG Bln sicher zu stellen, dass mit der Aufsicht betrautes Personal spätestens bei der Aufnahme der Tätigkeit über einen Sachkundenachweis verfügt, aus welchem hervorgeht, dass sie oder er erfolgreich Kenntnisse zur Prävention der Spielsucht und im Umgang mit betroffenen Personen erworben hat.

Hinsichtlich der Unternehmen, welche bei Inkrafttreten des Spielhallengesetzes Berlin mit einer Erlaubnis nach § 33i GewO betrieben wurden, sind in § 8 SpielhG Bln Übergangsregelungen betreffend die Verpflichtung zum Erwerb und die Vorlage des Sachkundenachweises durch Gewerbetreibende und Aufsichtspersonal vorgesehen.

Durch die vorliegende Rechtsverordnung werden gemäß der Ermächtigung durch das Spielhallengesetz Berlin die Dauer und Inhalte der Schulung zum Erwerb der Sachkundenachweise durch Gewerbetreibende und durch das Aufsichtspersonal sowie die Rahmenbedingungen für die Durchführung festgelegt. Je nach Adressatenkreis unterscheiden sich die Schulungen in zeitlichem und inhaltlichem Umfang.

Diese Rechtsverordnung soll zur Erfüllung der im Spielhallengesetz Berlin festgelegten Ziele beitragen. Zu diesem Zweck sollen die Gewerbetreibenden in die Lage versetzt werden, ihre Fürsorgepflicht gegenüber Spielenden sachgerecht wahrzunehmen und ihr Gewerbe auch im Übrigen ordnungsgemäß auszuüben. Gewerbetreibende und Aufsichtspersonal werden mit den Gefahren der Spielsucht vertraut gemacht und in die Lage versetzt, die entsprechenden Anzeichen zu erkennen und flexibel sowie kompetent eingreifen zu können. Hierdurch soll zur lückenlosen Gewährleistung des Jugend- und Spielerschutzes beigetragen werden und somit zur Eindämmung der Spielsucht.

b. Einzelbegründungen

zu § 1:

Satz 1 stellt unter Nennung der Ermächtigungsgrundlagen klar, dass die Sachkundenachweise durch erfolgreiche Teilnahme an einer Schulung erworben werden. Satz 2 benennt das durch die Durchführung der Schulung zu erreichende Ziel des erfolgreichen Kenntniserwerbes im Sinne der Ermächtigungsgrundlagen des Spielhallen-

gesetzes Berlin. Die Regelungen der nachfolgenden Vorschriften bezwecken die Erreichung dieses Ziels zur Gewährleistung des Spieler- und Jugendschutzes im Rahmen des Betriebs einer Spielhalle oder eines ähnlichen Unternehmens im Sinne des § 1 SpielhG Bln.

zu § 2:

Diese Regelung dient der Klarstellung und Konkretisierung, welche Personen vom Anwendungsbereich der Rechtsverordnung erfasst werden.

Das Spielhallengesetz Berlin benennt hierzu zwei Personenkreise: die (zukünftigen) Gewerbetreibenden sowie das (zukünftige) Aufsichtspersonal in Spielhallen oder ähnlichen Unternehmen.

In Umsetzung dieser Vorgaben beziehen sich Nummern 1 bis 4 auf die (zukünftigen) Gewerbetreibenden sowie diesen gleich gestellte Personen. Dabei meint Nummer 1 die Antragstellenden nach § 2 Abs. 1 SpielhG Bln. Nummer 2 regelt im Zusammenspiel mit § 8 Abs. 1 Satz 2 SpielhG die Verpflichtung der Inhaberin oder des Inhabers einer Erlaubnis nach § 33i GewO zum Erwerb des Sachkundenachweises. Nummer 3 stellt klar, dass im Falle einer von der zuständigen Behörde nach § 47 GewO erlaubten Stellvertretung von Personen nach Nummer 1, 2 und 4 die Stellvertreterin oder der Stellvertreter ebenfalls den Sachkundenachweis zu erwerben hat. Nach Nummer 4 trifft diese Verpflichtung auch sämtliche vertretungsberechtigten Personen in dem Fall, dass es sich bei dem oder der Gewerbetreibenden um eine juristische Person oder eine Personengesellschaft handelt.

Nummern 5 und 6 betreffen dagegen – auch unter Berücksichtigung der Übergangsvorschrift des § 8 Absatz 2 SpielhG Bln – das (zukünftig) mit der Aufsicht in den Unternehmen betraute Personal.

zu § 3:

Absatz 1 Satz 1 bestimmt, durch wen die Schulungen zum Erwerb der Sachkundenachweise durchgeführt werden. Dabei erfolgt keine Einschränkung hinsichtlich der Art oder Rechtsform der schulenden Einrichtung. Die Regelung dient der Qualitätskontrolle der durchgeführten Schulungen, indem sie sicherstellen soll, dass die schulenden Einrichtungen die in dieser Rechtsverordnung festgelegten Inhalte erfolgreich an die Teilnehmenden vermitteln. Dies ist erforderlich, um den mit dieser Rechtsverordnung verfolgten Zweck zu erreichen. Denn ein erfolgreicher Kenntniserwerb, wie er vom Spielhallengesetz Berlin zur Erlangung des Sachkundenachweises gefordert wird, kann nur durch eine qualitativ geeignete Schulung sichergestellt werden.

Zu diesem Zweck werden in Absatz 1 Satz 2 Nummern 1 bis 4 Voraussetzungen festgelegt, bei deren Vorliegen vermutet wird, dass die bei der Einrichtung erworbenen Sachkundenachweise den qualitativen Anforderungen dieser Rechtsverordnung und des Spielhallengesetzes Berlin genügen und somit von der zuständigen Behörde als Sachkundenachweise im Sinne des Spielhallengesetz Berlin anerkannt werden können. Diese Vermutung ist im Einzelfall bei konkreten Hinweisen, dass durch die von der Einrichtung angebotenen Schulungen der gesetzliche Zweck konterkariert wird, widerlegbar. Die Forderung, dass schulende Einrichtungen diese Voraussetzungen erfüllen müssen, ist geeignet, erforderlich und angemessen, um

die durch das Spielhallengesetz Berlin und diese Rechtsverordnung verfolgten Ziele zu erreichen.

Nach Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 ist ein Schulungskonzept zu erstellen, aus dem sich ergibt, wie das in § 4 geforderte Schulungsverfahren eingehalten wird und die in § 5 näher beschriebenen Anforderungen hinsichtlich des rechtlichen und suchtpräventiven Teils der Schulung innerhalb der festgelegten Mindestanzahl der Unterrichtsstunden vermittelt werden sollen. Zum Nachweis nach Absatz 3 genügt in der Regel die Vorlage dieses Konzeptes.

Des Weiteren soll die Einrichtung nach Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 bereits Erfahrungen mit dem Durchführen von Schulungen im Aus- oder Fortbildungsbereich vorweisen können. Insbesondere im Hinblick auf die durch diese Rechtsverordnung geforderte praxisnahe Wissens- und Kompetenzvermittlung im suchtpräventiven Bereich sollten die vorzuweisenden Erfahrungen vorzugsweise in ähnlichen oder vergleichbaren Bereichen erworben worden sein, um so die erfolgreiche Vermittlung dieser sensiblen Materie zu gewährleisten.

Gemäß Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 sollen die Dozentinnen und Dozenten fachlich und pädagogisch qualifiziert sein sowie bereits über hinreichende Erfahrung in der Durchführung von vergleichbaren Schulungen verfügen. Der geforderte Nachweis kann hier z. B. durch die Vorlage entsprechender Referenzen geführt werden.

Schließlich soll nach Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 das Vorhandensein von Räumlichkeiten, welche geeignet sind, Gruppen in der Größe von maximal 15 Personen unter Berücksichtigung der mit dieser Rechtsverordnung festgelegten Anforderungen zu unterrichten, durch die Vorlage von Mietverträgen und Raumskizzen nachgewiesen werden.

Absatz 2 regelt die Überprüfung des Vorliegens der nach Absatz 1 geforderten Voraussetzungen. Die für Wirtschaft zuständige Senatsverwaltung hat dabei die Prüfung hinsichtlich der Voraussetzungen, welche die Durchführung des rechtlichen Teils der Schulung betreffen, vorzunehmen. Die für Gesundheit zuständige Senatsverwaltung hat diejenigen Voraussetzungen, welche den suchtpräventiven Teil betreffen, zu prüfen. Kann das Vorliegen einvernehmlich festgestellt werden, wird die Einrichtung in eine von der Senatsverwaltung für Wirtschaft geführte Liste aufgenommen. Die Liste ist regelmäßig daraufhin zu kontrollieren, ob die Einrichtungen noch Schulungen durchführen und die Anerkennungsvoraussetzungen noch vorliegen. Gegebenenfalls sind entsprechende Anpassungen vorzunehmen. Die Aufnahme in diese Liste ist dabei keine konstitutive Voraussetzung, um Schulungen im Sinne dieser Rechtsverordnung durchführen zu dürfen. Im Rahmen des Erlaubnisverfahrens und der Überwachung der Erfüllung von Verpflichtungen nach dem Spielhallengesetz sind die zuständigen Behörden berechtigt und verpflichtet zu überprüfen, ob die vorgelegten Bescheinigungen über den Erwerb der erforderlichen Sachkundenachweise den vom Spielhallengesetz Berlin geforderten erfolgreichen Kenntniserwerb sicher stellen. Die Aufnahme in die Liste soll nach Prüfung durch die zuständige Behörde die Erfüllung der in § 1 Satz 2 und 3 niedergelegten Ziele gewährleisten.

Die zu schulenden Personen werden regelmäßig nicht in der Lage sein, selbst das Vorliegen dieser Voraussetzungen zu überprüfen. Die Veröffentlichung der Liste auf der Webseite der für Wirtschaft zuständigen Senatsverwaltung erscheint hierfür zweckmäßig. Um den Vorteil dieser Veröffentlichung im Internet nutzen zu können,

bestimmt Absatz 3, dass die Einrichtung sich um die Aufnahme in die Liste bewerben kann, wobei sie jedoch nachweispflichtig hinsichtlich des Vorliegens der Voraussetzungen nach Absatz 1 ist.

zu § 4:

Diese Vorschrift regelt verschiedene Rahmenbedingungen, welche von den Einrichtungen bei der Durchführung der Schulung umzusetzen und einzuhalten sind:

Nach Absatz 1 wird eine schriftliche Unterrichtung, insbesondere ein Online-Lernverfahren im Internet, ausgeschlossen, da ausdrücklich die Mündlichkeit der Schulung festgelegt wird. Der Hinweis auf die Verwendung moderner pädagogischer und didaktischer Unterrichtsmethoden soll dabei den sogenannten Frontalunterricht ausschließen, bei welchem die Wissensvermittlung durch einen Monolog der Dozentin oder des Dozenten erfolgt. Vielmehr soll die Unterrichtung interaktiv in Dialogform unter Einbeziehung von zur Visualisierung geeigneten Arbeitsmitteln, wie z. B. Flipcharts und Overhead-Projektoren, erfolgen.

Absatz 2 legt fest, dass eine Unterrichtsstunde 60 Minuten beträgt.

Nach Absatz 3 wird die maximale Anzahl der zu schulenden Personen auf 15 begrenzt. Diese Regelung ist geeignet und erforderlich, um die mit dieser Rechtsverordnung verfolgten Ziele zu erreichen, da insbesondere im Hinblick auf den Umfang des zu vermittelnden Inhaltes und der dabei anzuwendenden interaktiven Unterrichtsmethode, bei welcher alle Teilnehmenden in den aktiven Dialog einbezogen werden sollen, eine Gruppenstärke von 15 Personen die Obergrenze darstellt, bei deren Überschreiten die Umsetzung dieser Anforderungen nicht mehr gewährleistet werden kann.

Absatz 4 legt die Dauer der Schulung für Gewerbetreibende und diesen gleich gestellte Personen (§ 2 Nr. 1 bis 4) sowie für das Aufsichtspersonal (§ 2 Nr. 5 und 6) fest.

Zum Zwecke der Vertiefung und der Möglichkeit der Wiederholung des vermittelten Wissens und der vermittelten Kompetenzen sollen die Einrichtungen Schulungsunterlagen anfertigen und an die Teilnehmenden zeitnah aushändigen.

zu § 5:

Absatz 1 legt in Verbindung mit den Anlagen 1 und 2 die inhaltlichen Anforderungen fest, welche in der Schulung den Gewerbetreibenden und diesen gleich gestellten Personen (§ 2 Nr. 1 bis 4) zu vermitteln sind. Es wird hierbei zwischen einem rechtlichen und einem suchtpreventiven Teil unterschieden.

Absatz 2 benennt die Themenschwerpunkte des rechtlichen Teils, an welchen sich der Aufbau dieses Teils der Schulung zu orientieren hat. In der hierbei umzusetzenden Anlage 1 werden die Themen im Einzelnen aufgeführt, die in der Schulung behandelt werden müssen.

Absatz 3 bestimmt, dass sich der suchtpreventive Teil in die Vermittlung des entsprechenden Grundlagenwissens und von Handlungskompetenzen mit Hilfe inter-

aktiver Übungen gliedert. Ziel ist die Sensibilisierung der zu schulenden Personen für Suchtrisiken und die Früherkennung von problematischem Spielverhalten. Die Erlangung dieser Fähigkeiten ist für Gewerbetreibende und ihnen gleich gestellte Personen sowie für das Aufsichtspersonal besonders wichtig, da sie hierdurch in die Lage versetzt werden sollen, ihre gesetzlichen Verpflichtungen zum Spieler- und Jugendschutz nach § 6 SpielhG sach- und fachgerecht wahrnehmen zu können. Die Teilnehmenden sollen nicht nur theoretisches Wissen in diesem Bereich erwerben, sondern vor allem auch in die Lage versetzt werden, dieses in der Praxis sachgerecht umzusetzen und insbesondere Maßnahmen zur Frühintervention zu ergreifen. Hierzu gehört die anlassbezogene Weitervermittlung an Hilfeeinrichtungen für Menschen mit problematischem oder pathologischem Spielverhalten. Dies kann im Rahmen der Schulung zum Beispiel durch Rollenspiele eingeübt werden.

Absatz 4 stellt klar, dass Aufsichtspersonen (§ 2 Nr. 5 und 6) zum Erwerb des Sachkundenachweises lediglich den suchpräventiven Teil der Schulung besuchen müssen. Hinsichtlich der zu erfüllenden Anforderungen wird auf Absatz 3 verwiesen.

zu § 6:

Absatz 1 bestimmt, dass bei erfolgreicher Teilnahme an der Schulung eine Bescheinigung nach den Mustern in Anlage 3 ausgestellt wird. Diese Bescheinigung dient als Sachkundenachweis zur Vorlage bei der zuständigen Behörde im Falle der §§ 2 Absatz 3 Nummer 4, 8 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 SpielhG Bln. Im Falle des § 6 Absatz 3 Satz 1 SpielhG Bln dient die Bescheinigung dem Aufsichtspersonal gegenüber dem Gewerbetreibenden als Nachweis, dass der erforderliche Sachkundenachweis erworben wurde.

Eine „erfolgreiche“ Teilnahme setzt im Hinblick auf die Intention der Rechtsverordnung ein Mindestmaß an aktiver, akzeptierender Mitarbeit voraus. Die bloße Anwesenheit ist daher für die Bescheinigung einer erfolgreichen Teilnahme an der Schulung nicht ausreichend. Absatz 2 legt deshalb die Voraussetzungen fest, bei deren Vorliegen die Teilnahme als erfolgreich bescheinigt werden kann. Zum Einen ist der Besuch der Schulung ohne Fehlzeiten erforderlich. Das bedeutet, dass verpasste Unterrichtsstunden zum Erwerb des Sachkundenachweises nachgeholt werden müssen. Zum Anderen liegt es in der Verantwortung der schulenden Einrichtung, sich davon zu überzeugen, dass die Teilnehmenden mit den in § 5 festgelegten Anforderungen hinreichend vertraut sind. Nur in diesem Fall darf der Erwerb der erforderlichen Sachkunde bescheinigt werden.

Nach Absatz 3 ist bei erfolgloser Teilnahme die Wiederholung der Schulung zulässig. Die Anzahl der Wiederholungsversuche wird nicht begrenzt.

zu § 7:

§ 7 regelt das Inkrafttreten der Rechtsverordnung.

B. Rechtsgrundlage: § 2 Absatz 3 Nummer 4 Satz 2 und § 6 Absatz 3 Satz 3 des Spielhallengesetzes Berlin vom 20. Mai 2011 (GVBl. S.223)

C. Kostenauswirkungen auf Privathaushalte und/oder Wirtschaftsunternehmen: Auf Privathaushalte hat die Rechtsverordnung keine Kostenauswirkungen. Da die be-

troffenen Wirtschaftsunternehmen selbst verpflichtet sind, den Erwerb der Sachkundenachweise zu finanzieren, wird dies entsprechende Kosten verursachen. Diese Kosten sind im Hinblick auf die gesellschaftliche Bedeutung des Jugend- und Spielerschutzes vertretbar.

- D. Gesamtkosten: Diese sind nicht konkret zu beziffern.
- E. Auswirkungen auf die Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg: Die Verordnung hat keine Auswirkung auf die Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg.
- F. Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:
 - a) Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben: Keine.
 - b) Personalwirtschaftliche Auswirkungen: Keine.

Berlin, den 08.02.2012

Sybille von Obernitz

.....